

MEHR BAFÖG FÜR MEHR STUDIS

Höhere Förderung, mehr Geförderte.

Die Chance auf ein Studium darf nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen. Deshalb haben wir im Jahr 2022 das BAföG erhöht und deutlich mehr Menschen einen Anspruch auf Förderung gegeben. Jetzt wollen wir das BAföG mit einem neuen Gesetz weiter stärken. Unser Ziel ist es, allen Menschen gleiche Chancen auf beste Bildung zu gewährleisten. So leisten wir auch einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel.

Mehr Fortschritt wagen.

SPD
Fraktion im
Bundestag

Die Fakten

- Die Freibeträge vom Einkommen der Eltern oder Partner:innen wurden um 20,75 Prozent angehoben. Damit haben deutlich mehr Menschen einen BAföG-Anspruch.
- Die Bedarfssätze wurden um 5,75 Prozent erhöht und der Kinderbetreuungszuschlag um 5 Prozent. Der Förderungshöchstbetrag ist von 861 Euro auf 934 Euro gestiegen. Der Wohnzuschlag für auswärts Wohnende wurde auf 360 Euro angehoben.
- Die Altersgrenze für den Ausbildungsbeginn wurde auf 45 Jahre angehoben. Die digitale Antragstellung ist jetzt einfacher. Die Möglichkeit, Restschulden nach 20 Jahren zu erlassen, wurde ausgeweitet.
- Die Vermögensfreibeträge sind gestiegen: Für unter 30-Jährige auf 15.000 Euro, ab einem Alter von 30 Jahren auf 45.000 Euro.
- In einem zweiten Schritt haben wir die Lehren aus der Corona-Pandemie gezogen, in der vielen Studierenden der Nebenjob weggebrochen ist. Dazu haben wir einen sogenannten Nothilfemechanismus im BAföG verankert, mit dem wir in Krisenzeiten mehr Menschen durch das BAföG absichern können.
- Mit einem weiteren Gesetz werden wir noch in dieser Wahlperiode eine Studienstarthilfe einführen, die jungen Menschen ohne finanziellen Rückhalt den Einstieg ins Studium erleichtert, indem sie den finanziellen Aufwand für Umzug, Immatrikulation, Laptop usw. abfedert. Außerdem werden wir Einkommensfreibeträge erneut anheben, die Regelung zur Förderhöchstdauer flexibler machen und Studienfachwechsel erleichtern. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Höhe der BAföG-Leistungen nochmal zu erhöhen, damit die hohen Preise für Lebensmittel, Wohnen und Heizen besser abgedeckt werden.